

Aderhold

Rechtsanwaltsgesellschaft GmbH

in Kooperation mit  Rölf'sPartner



# Rechte und Pflichten von Aufsichtsratsmitgliedern in kommunalen Unternehmen

Schwerin, 11. September 2009



**Das Amt des Aufsichtsratsmitglieds ist nach gängigem Vorverständnis ein typisches „Nebenamt“; diese Bezeichnung darf allerdings nicht zu dem Missverständnis führen, es handele sich um eine nebensächliche Aufgabe.**

**Leitfaden des Innenministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern  
für Aufsichtsratsmitglieder in kommunalen Unternehmen**



# Überblick

## I. Grundlagen

1. Rechtlicher Rahmen
2. Spannungsfeld von Gesellschaftsrecht und Kommunalrecht
3. Die Organe einer GmbH
4. Anforderungen an die Aufsichtsratsmitglieder

## II. Pflichten eines Aufsichtsratsmitgliedes

1. Gesellschaftsvertrag
2. Überwachungspflicht
3. Verschwiegenheitspflicht
4. Befolgen von Weisungen

## III. Rechte des Aufsichtsrates

1. Inhaber der Rechte
2. Mitwirkungsrechte

## IV. Haftungsgefahren

1. Außen- und Innenhaftung
2. Haftungsfreistellung





# I. Grundlagen


---

## 1. Rechtlicher Rahmen

 Gesellschaftsrecht (GmbHG, AktG)

 Kommunalrecht (§§ 68 ff. KV-MV)

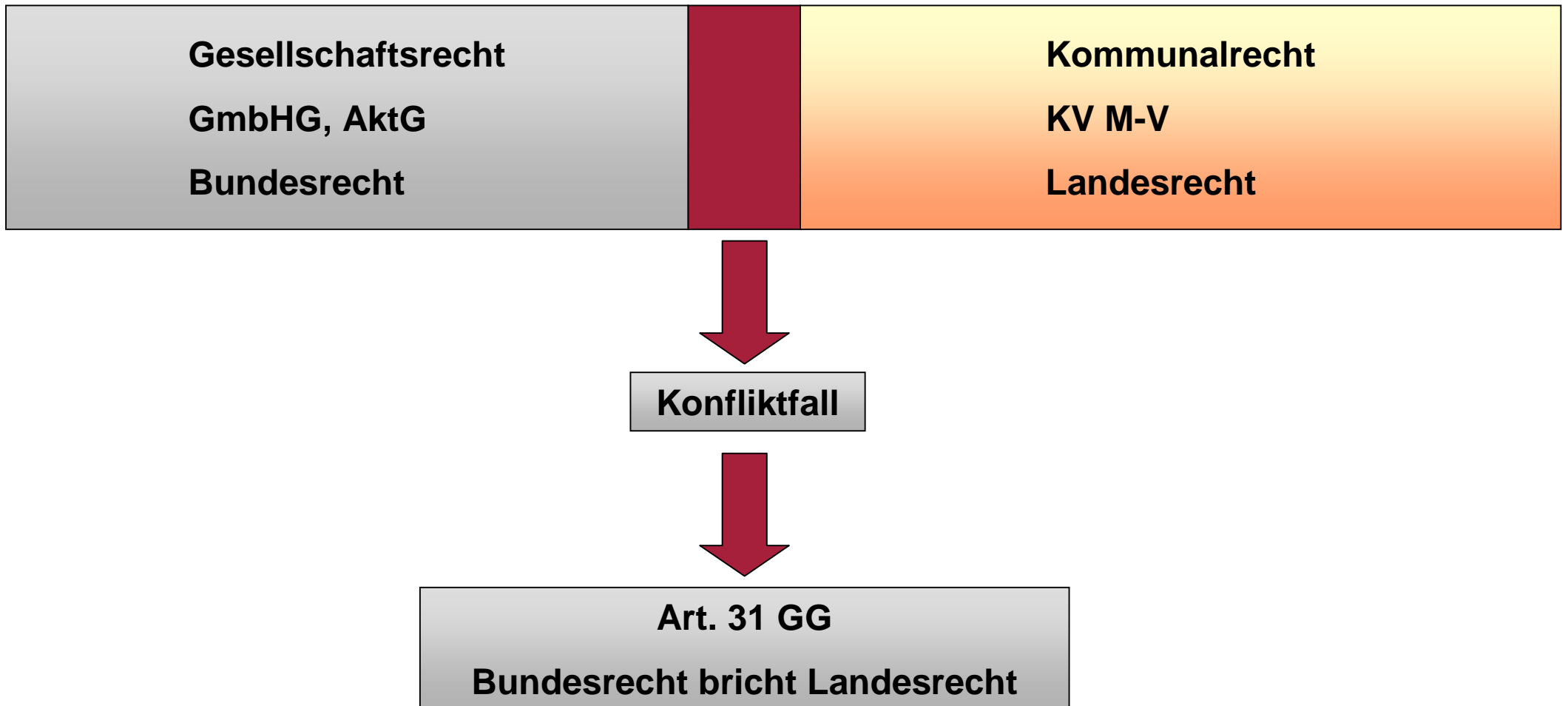
 Gesellschaftsvertrag

 Geschäftsordnung



# I. Grundlagen

## 2. Das Spannungsfeld von Gesellschaftsrecht und Kommunalrecht





# I. Grundlagen

## 2. Das Spannungsfeld von Gesellschaftsrecht und Kommunalrecht

Fall: LG Deggendorf, Beschluss vom 13.12.2004, Az.: 3 O 520/04

### Sachverhalt

Stadtwerke GmbH hat einen fakultativen Aufsichtsrat  
Die Höhe des Strompreises wird diskutiert.  
Es kommt zum gerichtlichen Streit über die Wahrung der Geheimhaltung.



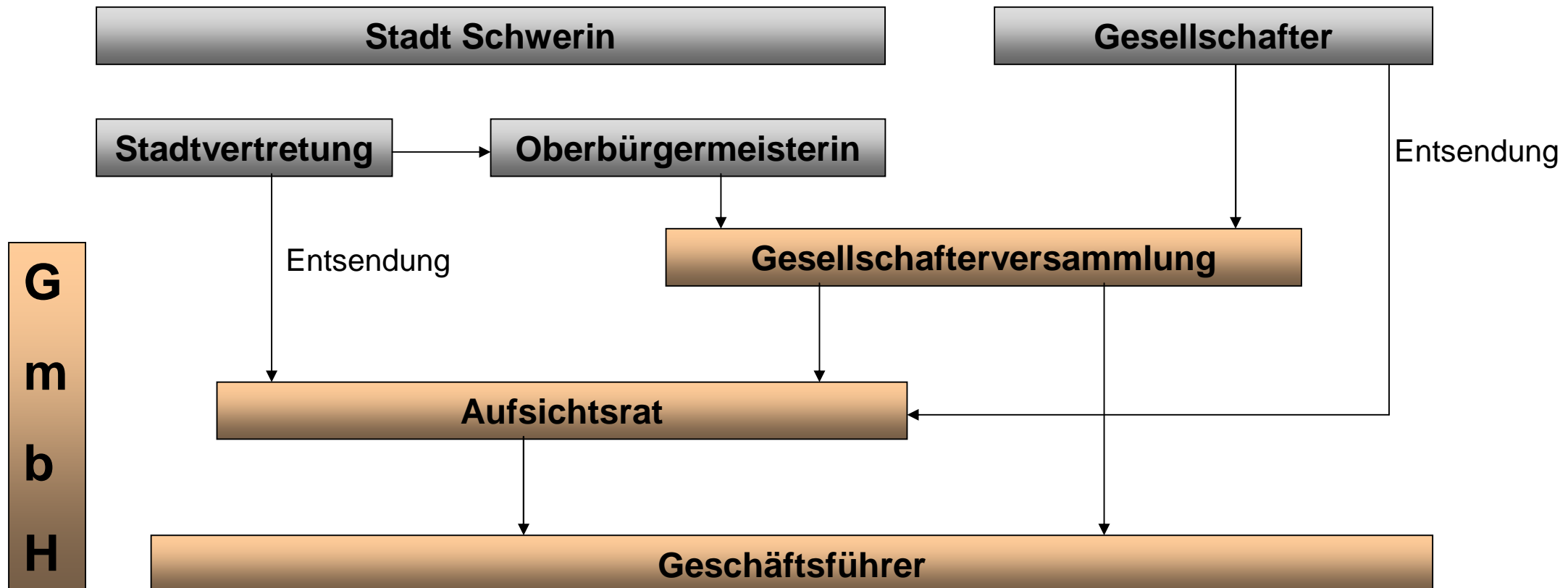
### Entscheidung

- Das Landgericht ist nicht zuständig; es ist ein Verwaltungsrechtsstreit.
- Die Tätigkeit im Aufsichtsrat ist Teil der öffentlichen Aufgaben.
- Der Verwaltungsrechtsweg ist günstiger (Untersuchungsgrundsatz) !?



# I. Grundlagen

## 3. Die Organe einer GmbH





# I. Grundlagen

## 3. Die Organe einer GmbH

**Fall: VG Regensburg, Urteil vom 11.01.2006, Az.: RN 3 K 05.01162**

### Sachverhalt

Städtische Klinikum GmbH hat einen Aufsichtsrat mit 10 Mitgliedern  
8 Mitglieder werden vom Stadtrat benannt  
GO des Stadtrates sieht „Spiegelbildlichkeit“ vor



### Entscheidung

- spätere Änderungen der Fraktionen im Stadtrat müssen im Aufsichtsrat abgebildet werden
- Auslegung der GO („AR besteht aus..“) ergibt Pflicht zur Anpassung, vgl. § 71. Abs. 1 Satz 3 KV M-V
- Gesellschaftsrecht steht nicht entgegen





# I. Grundlagen

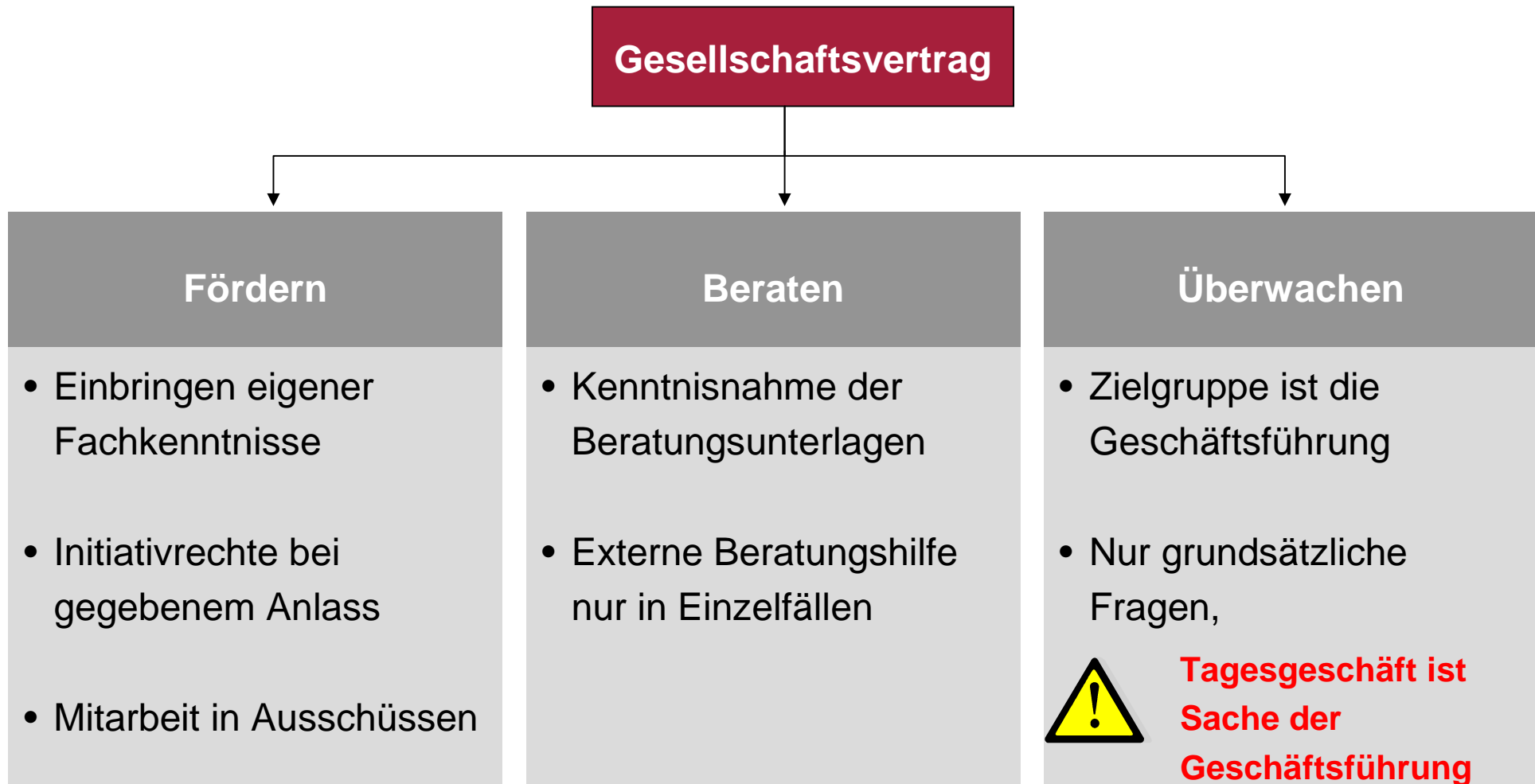
## 4. Anforderungen an die Aufsichtsratsmitglieder





## II. Pflichten eines Aufsichtsratsmitgliedes

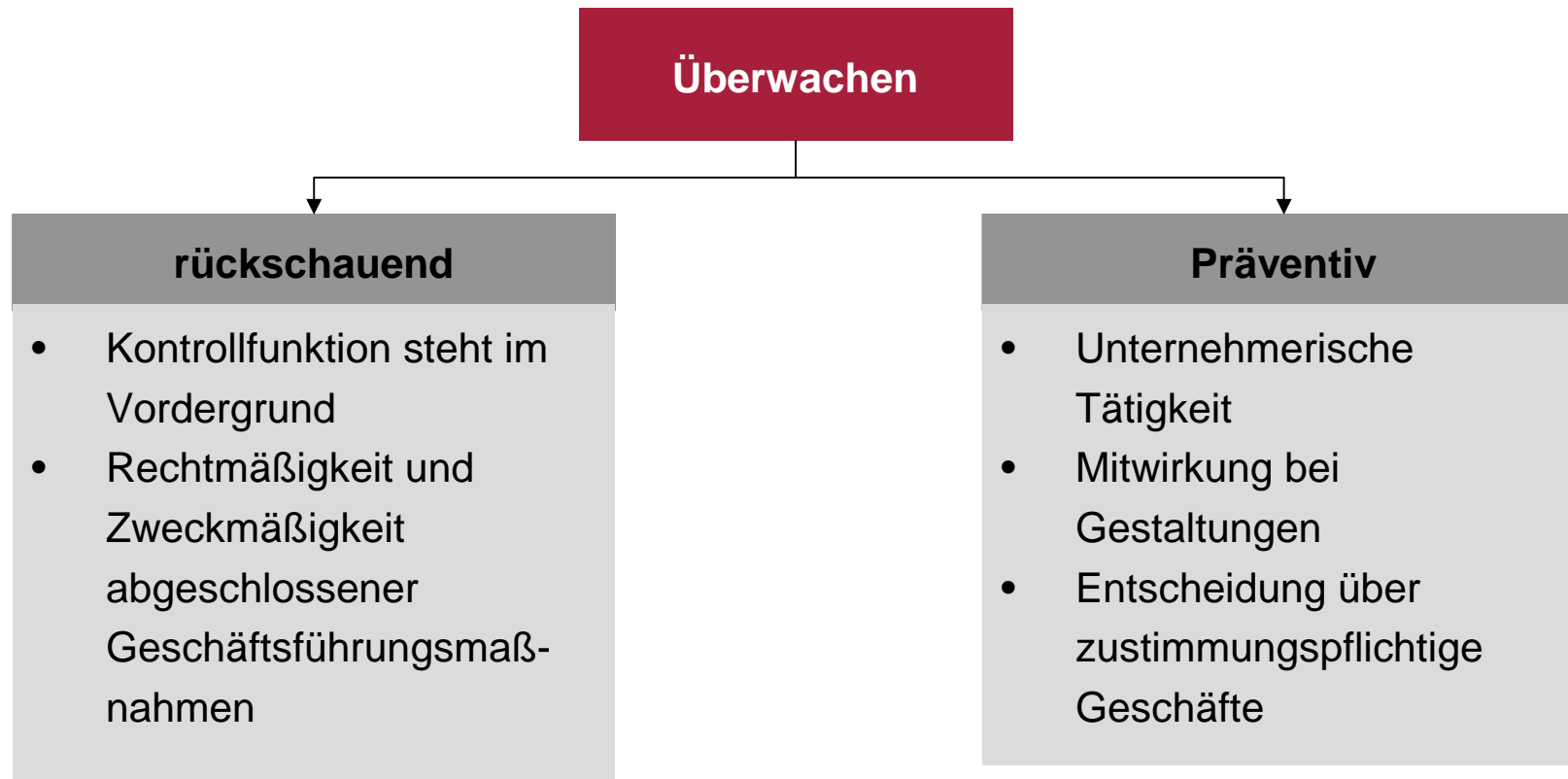
### 1. Gesellschaftsvertrag





## II. Pflichten eines Aufsichtsratsmitgliedes

### 2. Überwachungspflicht



**Keine Blockadepolitik!**



## II. Pflichten eines Aufsichtsratsmitgliedes

### 3. Verschwiegenheitspflicht

#### Grundlage

§§ 116, 93 Abs. 1 AktG: Stillschweigen über Geschäftsgeheimnisse  
Treuepflicht bei der GmbH

#### Grenzen

Berichtspflichten nach § 71 Abs. 4 KV M-V  
Wohl des Unternehmens (BGHZ 64, 325, 330f.), aber Besonderheiten bei  
Alleingesellschafter  
§§ 394, 395 AktG: Ausnahmenvorschriften

#### Rechtsfolgen

Unterlassungsansprüche gegen Aufsichtsratsmitglied  
Schadensersatzansprüche  
Aufsichtsrechtliche Maßnahmen



## II. Pflichten eines Aufsichtsratsmitgliedes

### 3. Verschwiegenheitspflicht

**Fall: Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Urteil vom 08.05.2006, Az.: 4 BV 05.756**

#### Sachverhalt

Bürgerbegehren will Verschwiegenheitspflicht von Aufsichtsratsmitgliedern einschränken



#### Entscheidung

- Gesellschaftsrecht steht dem Begehren nicht entgegen, da nur fakultative Aufsichtsräte vorhanden waren
- Einschränkung bei entgegenstehenden "Wohl des Unternehmens" war enthalten
- Frage der Entscheidung über Geheimhaltung sei Problem des Vollzuges



## II. Pflichten eines Aufsichtsratsmitgliedes

### 4. Befolgen von Weisungen

#### Grundlage

**§ 71 Abs. 2 KV M-V: Weisungen sind zu befolgen**  
**Weisungen durch Gesellschafterversammlung bei GmbH möglich**

#### Grenzen

**Vorrang des Gesellschaftsrecht: Unternehmenswohl beachten**  
**(BGHZ 36, 296, 306)**  
**Vertrauen Dritter auf Überwachungsfunktion des Aufsichtsrates**

#### Rechtsfolgen

**Rechtswidrige Weisung entfaltet keine Bindung**  
**Abstimmung entgegen einer Weisung ist wirksam**  
**Folgen rechtswidrigen Verhaltens des Aufsichtsratsmitgliedes sind**  
**Schadenersatzpflicht oder Aufsichtsmaßnahmen**



## II. Pflichten eines Aufsichtsratsmitgliedes

### 4. Befolgen von Weisungen

**Fall: OVG NRW, Urteil vom 24.04.2009, Az.: 15 A 2592/07**

#### Sachverhalt

Städtische Versorgungsbetriebe GmbH hat Aufsichtsrat mit 17 Mitgliedern  
8 Mitglieder werden auf Vorschlag des Stadtrates gewählt  
Es kommt zum Streit über das Weisungsrecht des Rates.



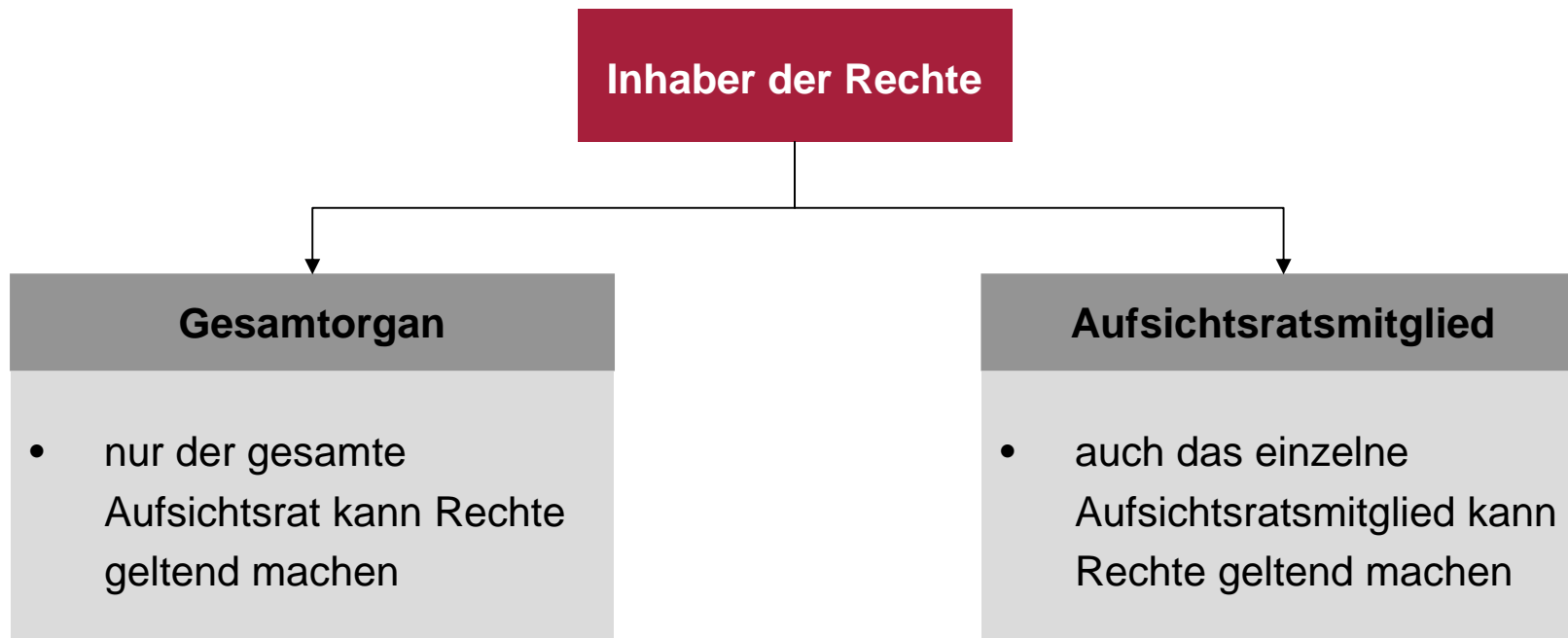
#### Entscheidung

- Weisungsrecht hat Grundlage in § 113 Abs. 1 Satz 2 GO NRW
- bundesrechtliches Gesellschaftsrecht hindert § 113 GO NRW nicht
- bei fakultativem Aufsichtsrat ist Gesellschaftsvertrag maßgeblich
- selbst Unternehmenswohl soll nicht entgegenstehen



## III. Rechte des Aufsichtsrates

### 1. Inhaber der Rechte







## III. Rechte des Aufsichtsrates

### 2. Mitwirkungsrechte

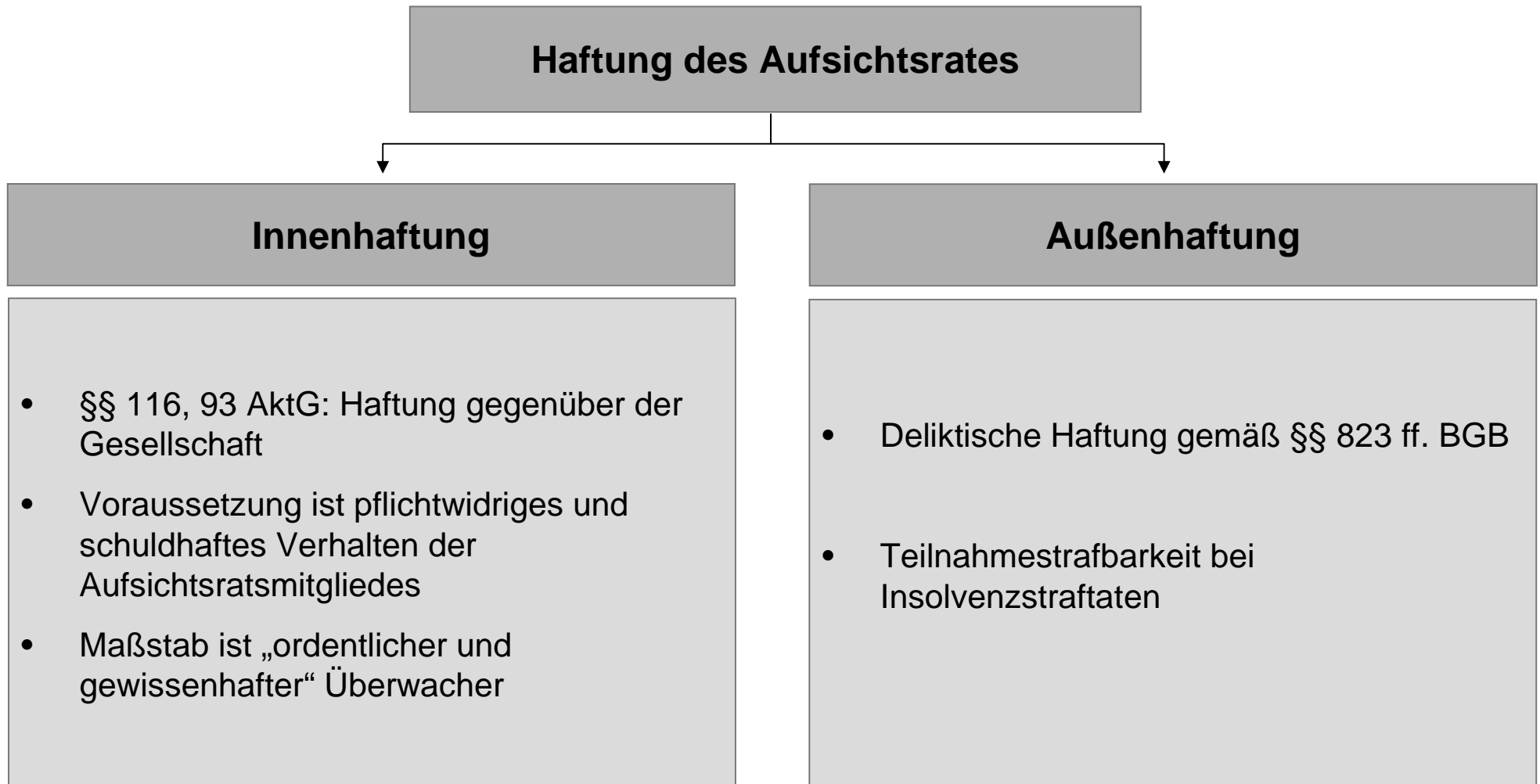
#### Mitwirkungsrechte

- Teilnahmerechte
- Informationsrechte gegenüber der Geschäftsführung
- Informationsrechte innerhalb des Aufsichtsrates
- Initiativrechte (Einberufung Aufsichtsrat, Recht auf Ergänzung der Tagesordnung)



# IV. Haftungsgefahren

## 1. Innen- und Außenhaftung





## IV. Haftungsgefahren

### 1. Innen- und Außenhaftung

**Fall: Brandenburgisches OLG Urteil vom 17.02.2009, Az.: 6 U 102/07**

#### Sachverhalt

Stadtwerke GmbH befindet sich in finanzieller Notlage  
Gemeinde und Zweckverband können keine Mittel zur Verfügung stellen  
neu berufener Geschäftsführer informiert Aufsichtsrat regelmäßig



#### Entscheidung

- Insolvenzverwalter hat Schadenersatzansprüche gegen Aufsichtsratsmitglieder
- selbst bei Nichtgeltung von § 93 AktG folgt Ersatzpflicht aus schuldhafter Pflichtverletzung
- Aufsichtsrat hätte auf Insolvenzantrag hinwirken müssen



## IV. Haftungsgefahren

### 2. Haftungsfreistellung

#### Haftungsfreistellung nach § 71 Abs. 3 KV M-V

- Ersatzpflicht der Gemeinde, Haftung des Aufsichtsratsmitglieds bleibt bestehen
- keine Absicherung des AR-Mitgliedes bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Pflichtverletzung
- Ausnahme: Bei Handeln auf Weisung.



**Strafrechtliche  
Risiken verbleiben!**



# Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

---



**Patrick Klawa**, LL.M. oec.  
Rechtsanwalt

Aderhold Rechtsanwalts-gesellschaft  
GmbH  
Eilenburger Straße 1 A  
04317 Leipzig

Tel.: +49 (0) 341/ 39 80-142  
Fax: +49 (0) 341/ 39 80-179

[Patrick.Klawa@roelfspartner.de](mailto:Patrick.Klawa@roelfspartner.de)

[www.roelfspartner.de/ra](http://www.roelfspartner.de/ra)



# Quellenübersicht

---

- Leitfaden für Mitglieder in kommunalen Vertretungen, Aufsichtsratsmitglieder in kommunalen Unternehmen sowie Mitarbeiter in den Beteiligungsverwaltungen der Kommunen
- Leitfaden Nr. 2 für kommunale Entscheidungsträger, Aufsichtsratsmitglieder in kommunalen Unternehmen sowie Mitarbeiter in den Beteiligungsverwaltungen der Kommunen
- Leitfaden Qualifikation, Rechte und Pflichten der Aufsichtsratsmitglieder in kommunalen Unternehmen
- Hoppe/Uechtritz, Handbuch Kommunale Unternehmen, 2. Auflage
- Lutter/Krieger, Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats, 2008
- Schmidt/Luther, AktG, 2008
- Scholz/K. Schmidt, GmbHG, 10. Aufl.
- "Weisungsrechte der öffentlichen Hand gegenüber ihren Vertretern in gemischtwirtschaftlichen Unternehmen" von Priv.-Doz. Dr. Walter Georg Leisner, Hamburg/München, Gildebuchverlag GmbH & Co. KG, GewArch 2009, 337-343
- "Die Systematik der Haftung von Aufsichtsratsmitgliedern gegenüber der Gesellschaft von Dr. Christian Zieglmeier, De Gruyter Rechtswissenschaften Verlags-GmbH, ZGR 2007, 144-166